



# Fraktionskürrier

Angebot  
Ausgabe  
Dezember 2015

CDU Fraktion  
im Thüringer Landtag



Mike Mohring  
CDU-Fraktionsvorsitzender

## ROT-ROT-GRÜN

# Ein verlorenes Jahr für Thüringen



Der Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring kritisiert im Plenum des Thüringer Landtags die Politik von Bodo Ramelow.

„Ein Jahr Rot-Rot-Grün ist ein verlorenes Jahr für Thüringen.“ Dieses Zwischenzeugnis hat CDU-Fraktionschef Mike Mohring Thüringens erster Linkenregierung ausgestellt. Laut Mohring hat die Koalition „die Sanierungsarbeit von zehn Jahren bei den Landesfinanzen innerhalb von 12 Monaten ruiniert. Wo Rot-Rot-Grün eigene inhaltliche Akzente gesetzt hat, tragen sie eine ideologische Handschrift. Und in der Bewältigung der Flüchtlingskrise denkt

die Koalition an alles Mögliche, nur nicht an die Interessen der Bürger“, so seine Bilanz. Mohring warf Rot-Rot-Grün vor, „das Haushaltsvolumen um mehr als eine Milliarde aufzublähen. Dafür werden die Reserven verpulvert, Steuern erhöht und Entnahmen schöngerechnet.“ Dabei wisse jeder, dass die Aufwendungen in den nächsten Jahren sinken müssen. Die Behandlung der Aufwuchs bei den Ausgaben für Flüchtlinge geschuldet, wies Mohring

zurück. Sparen kann das Land nach seinen Worten vor allem durch eine Verwaltungsreform. Dafür fehle Rot-Rot-Grün jedoch eine durchgreifende Idee. „Ansonsten organisiert die Regierung Belastungen und schränkt Entscheidungsspielräume ein“, weist Mohring auf einen anderen Aspekt hin. So kürze die Ramelow-Regierung mit der Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes jährlich 19 Millionen Euro bei den Familien und 100 Millionen bei den

Kommunen, „also dort, wo das Leben gelebt wird“, bedauere er. Scharf ging Mohring mit der Regierung wegen der Ablehnung des Asylpakets im Bundesrat ins Gericht. Damit verweigere sich die Regierung klaren Erwartungen der Thüringer Bürger. „In völliger Verkennung der Möglichkeiten halten Teile der Regierungskoalition an dem Ziel fest, aus jedem Flüchtling einen Neubürger zu machen. Da bleibt die Verursachung der ‚Strecke‘, so der Fraktionsvorsitzende.

## Die Verantwortung der CDU

Aktuelle Umfragen zeigen ein regelmäßiges in Ostdeutschland und die linken und rechten Flügelparteien, die LINKE und die AfD, in der Summe etwa doppelt so stark wie in Westdeutschland. Durch die Flüchtlingskrise hat der rechte Rand zulaufen erhalten. Aus dem Thüringer-Monitor, einer Langzeituntersuchung zur politischen Kultur, wissen wir: Die Ränder verbindet viel mehr als sie trennt. Aus dieser Untersuchung wissen wir aber genauso, was die CDU als große Volkspartei der Mitte leisten muss, damit die Wähler sich aus der Demokratie nicht nach ganz links oder rechts verabschieden: Sie muss Funktionsfähigkeiten für reale Probleme anbieten. Deshalb waren die Debatte wichtig, in denen die CDU in den letzten Monaten ihre Positionen zur Flüchtlingspolitik entwickelt hat: In den Ländern, in Deutschland, in Europa und den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Die CDU-Fraktion hat wiederholt Klarheit gesprochen. Und die CDU sagt jetzt unmissverständlich: wenn es so weiter geht wie bisher, sind Gesundheit und Staat bald überfordert. Deshalb müssen wir unsere Grenzen wirksamer schützen und die Zahl der Flüchtlinge spürbar verringern. Wir schützen keine Angale, sondern arbeiten an der Bekämpfung ihrer Ursachen. Das ist verantwortliche Politik aus der Mitte gegen den Populismus von rechts und links.

## CDU erfolgreich mit Azubi-Ticket



Handwerker mit Auszubildenden: Die CDU-Fraktion hat Lehrlinge unterstützt.

Die CDU-Fraktion hat sich mit ihrem Antrag zur Einführung eines Schüler- und Auszubildertickets durchgesetzt. „Ich freue mich darüber, dass die Koalition diesen Antrag zugestimmt hat.

Nun hoffe ich, dass wir im nächsten Jahr die Einführung eines solchen Tickets feiern können.“ So kommentierte der Sprecher für Handwerk und Mittelstand der CDU-Fraktion, Herbert Winkler, die erfolgreiche Abstimmung. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, zeitnah ein Konzept zur Einführung eines vergünstigten, thüringenspezifischen Schüler- und Azubitickets zu entwickeln, um Eltern und Schüler zu entlasten. Dabei soll unter anderem ein Angebotmodell geprüft werden, das auf den bereits existierenden lokalen Scherlertickets aufbaut und alle auf Thüringer Gebiet tätigen Verkehrsverbände und -unternehmen in einen entsprechenden Rahmenvertrag einbezieht.

## Grundschulhorte: Streit beenden



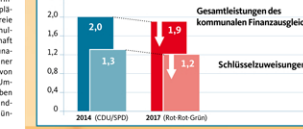
Christian Tischner mit einer Gruppe Grundschüler im Pflanzar.

„Die Erzieherinnen und Schultätter brauchen endlich Sicherheit und eine klare Entscheidung, der Landesregierung.“ Das forderte der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Christian Tischner, mit Blick

auf den Streit zwischen SPD und LINKE in der Frage der Trägerschaft der Thüringer Grundschulhorte. Während die SPD für ein Optionsmodell votiert, will Bildungsministerin Birgit Klauert (LINKE) die Erzieherinnen zurück zum Land holen. Die CDU plädiert dafür, dass Landkreise und kreisfreie Städte, die das wünschen, Grundschulhorte dauerhaft in eigene Trägerschaft übernehmen können. Mit den kommunalisierten Horten geht es laut Tischner besonders gut. „Das Zusammenspiel von Schule, Hort und gesellschaftlichem Umfeld zu organisieren.“ Das Modellvorhaben „Weiterentwicklung der Thüringer Grundschulhorte“ müsse in einer Entscheidung münden, die die Kommunen nicht belastet.

## Rot-Rot-Grün streicht kommunale Mittel

Finanzausgleichsmasse und Schlüsselzuweisungen als entscheidende Kennziffern des kommunalen Finanzausgleichs werden gekürzt.



Rot-Rot-Grün streicht den Kommunen besser die Mittel zuzuschlagen. Diesen Vorwurf hat der Haushaltsexperte der CDU-Fraktion, Malte Kowallek, in den abschließenden Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich im Landtag erhoben. „Während Gemeinden, Städte und Kreise 2014 im letzten Jahr der CDU-geführten Landesregierung noch gut zwei Milliarden Euro erhalten haben, sind es jetzt nur noch 1,9 Milliarden“, sagte Kowallek.

Ogbleich die linke Koalition versprochen habe, die Kommunen besser zu stellen, hat dies tatsächlich ein Minus von 106 Millionen Euro. Und es kommt fast Kowallek noch schlimmer. Innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs werden ausgerechnet die Schlüsselzuweisungen gekürzt. „Diese Mittel sind das Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung. So wird die Eigenständigkeit der Kommunen zusätzlich beschädigt“, sagt Kowallek.

## Linksextremismus nicht unterschätzen

„Es wird Zeit, den Linksextremismus genauso ernst zu nehmen, wie den Rechtsextremismus. Er ist eine keineswegs geringere Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung.“ Das hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Wolfgang Fiedler, nach den schweren Linksextremismus Ausschreitungen in Leipzig am letzten Adventsabend gesagt. „Leder sind das keine Einzelfälle“, sagte Fiedler und erin-

nernte in diesem Zusammenhang an Aus-schreitungen im Oktober dieses Jahres in Jena, als linksextremistische Demonstrationen Straßensperren auf Politikern gewiesen hatten. Der Innenminister warf der rot-rot-grünen Landesregierung vor, sich einem wirksamen Schutz von Politikern und Rettungskräften zu widersetzen. Teile der LINKE begnadeten der Polizei ganz unangehören mit Misstrauen und Ablehnung, so Fiedlers Endruck.

## Bekanntnis zu Spezialgymnasien

Aus Gehalt, Mitglied im Arbeitskreis für Haushalt und Finanzen der CDU-Fraktion, hat die Pläne von Kultusministerin Birgit Klauert (LINKE) kritisiert, die Gebühren für Spezialgymnasien um mehr als 30 Prozent zu erhöhen. „Die Regelmittelförderung an Thüringer Spezialgymnasien muss attraktiv, zukunftsorientiert und sozial verantwortlich gestaltet werden.“ Mit diesen Worten machte Geibelt die mit einem Plenar Antrag un-

terstützte Forderung der CDU-Fraktion deutlich, die geplante Erhöhungen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und sich grundsätzlich zu den Erhöhungen zu bekennen. Der klare politische Wille der CDU-Fraktion, die Erhöhungen gegenüber der Elternforde in Thüringen gefährdet, befürchtet Geibelt, der auch Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU ist.

## 3900 Unterschriften für Werra-Kalievrevier



Vertreter der CDU-Fraktion und des Betsrats des K&S-Werks Werra übergeben im Landtag 3900 Unterschriften an Umwelt-Staatssekretär Olaf Müller (Grüne).

„Die Zukunft des Kalievreviers an der Werra ist in ernsthafter Gefahr, wenn in den Landtag gekommen sind von ihren Sorgen gegen Umwelt-Staatssekretär Olaf Müller (Grüne) Ausdruck zu verleihen. Das Unternehmen ist in Bedrängnis, weil am 30. November eine Versenkungsplanung für Kalievrevier ausgefallen

ist. Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) setzt sich für eine Übergangslösung ein, heißt bei Umweltpolitikern der LINKE und Grünen jedoch auf Grant. Prima Formel in dieser Frage für die CDU ein Machtwort von Ministerpräsident Bodo Ramelow zugehen rund 4600 Arbeitstagen in der Region.

www.cdu-landtag.de  
E-Mail: text@landtag.de  
Dr. Kai-Eckhard Hahn  
Felix Voigt  
Leipnighaus.com

## Gebietsreform: Bilanz nach fünf Regionalkonferenzen

# Rot-Rot-Grün bangt um Mehrheit für Gebietsreform

„Der Widerstand gegen eine Gebietsreform wird durch neue Formen der Scheinbeteiligung nicht geringer.“ Davon ist die CDU-Innenministerin Gudrun Holbe überzeugt. Die Landesregierung hatte es in fünf Regionalkonferenzen nicht vermocht, die Teilnehmer vom Sinn ihres Vorhabens zu überzeugen. Jetzt haben die Grünen ein organisiertes Bürgergutachten und die SPD Abstimmungen über Kreisstufen vorgeschlagen. „Es ist nicht nachvollziehbar, welche Rechtfertigung sich Rot-Rot-Grün von Bürgergutachten in vier Planungsre-

So sieht das Thüringen der LINKE aus: acht anonymisierte Kreise plus fünf nicht-anonymisierte Städte und kreisfreie Städte.



Impressum

Herausgeber: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag  
Jungen-Fuchs-Strasse  
99096 Erfurt  
Telefon: 0361 3772-206  
Fax: 0361 3772-200

Internet: www.cdu-landtag.de  
E-Mail: text@landtag.de  
Text & Fotoauswahl:  
Dr. Kai-Eckhard Hahn  
Felix Voigt  
Satz & Gestaltung: